

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 0.60 Rentenmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreuzbandendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt.

Schriftleitung und Verlag in Leipzig, Zeiser Straße 30, IV. (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 27 503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 0.50 Rentenmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einbindung auf Postcheckkonto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geis. Leipzig, Zeiser Straße 30, IV. (Volkshaus). — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 41

Sonnabend, den 11. Oktober 1924

28. Jahrgang

Achtstundentag-Volksentscheid.

Die Gewerkschaften bleiben in Bereitschaft!

Die Berner Konferenz der Arbeitsminister Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Großbritanniens hat die internationalen Voraussetzungen für eine gemeinsame Ratifizierung des Washingtoner Abkommens durch die wichtigsten Industrieländer Europas geklärt.

Nachdem die Ministerkonferenz die abweichenden Auffassungen der Regierungen über die Auslegung einzelner Bestimmungen des Washingtoner Abkommens festgestellt hat, wird sich der deutsche Reichstag schnellstens mit der Schaffung eines dem Washingtoner Abkommen entsprechenden Arbeitszeitgesetzes und der Ratifizierung des Abkommens beschäftigen müssen.

Angesichts der bisher bekanntgewordenen Auffassung der Reichsregierung zur Arbeitszeit und des ungeheuren Drängens der deutschen Arbeitgeberverbände nach Verlängerung der Arbeitszeit ist jedoch das Schicksal eines deutschen Arbeitszeitgesetzes, das den Bestimmungen des Washingtoner Abkommens entspricht, zweifelhaft. Ungewiß ist auch die Stellung des deutschen Reiches zur Ratifizierung des Abkommens.

Die Gewerkschaften haben den Volksentscheid über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens vorbereitet. Da der Volksentscheid sofort durchzuführen ist, wenn der Reichstag bei der Schaffung der Gesetze verweigert, müssen die bereits eingeleiteten Geldsammlungen zur Deckung der erheblichen Kosten des Volksentscheides mit der größten Beschleunigung fortgesetzt und durchgeführt werden.

Kein Arbeiter, Angestellter, Beamter darf sich der Pflicht entziehen, seinen Beitrag für die Finanzierung des Volksentscheides zu leisten. Für die deutschen Arbeitnehmer gilt der Kampf um den Achtstundentag gleichzeitig der Sicherung einer sozial gerechten Verteilung der Reparationslasten. Darüber hinaus kämpfen die deutschen und die ausländischen Gewerkschaften gemeinsam für den kulturellen Aufstieg der Arbeiter, Angestellten und Beamten der Welt.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Graßmann.

Allgemeiner Angestelltenbund.
Aufhäuser und Stehr.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.
Falkenberg.

Die Steinarbeiter-Internationale.

Am 12. und 13. Oktober tritt in Lugano (Schweiz), nicht weit von der italienischen Grenze, der 6. Internationale Steinarbeiter-Kongress zusammen. Der letzte tagte 1921 in Innsbruck. Dort wurde gewünscht, daß der 6. Kongress möglichst in Carrara, dem größten und berühmtesten Marmorbruggelbiet der Welt, stattfinden möge. Diese Möglichkeit hat der italienische Faschismus verhindert. Denn die dortige Gewerkschaftsbewegung in unserem Sinne ist, seitdem der frühere Marmorarbeiter Mussolini und weiland Säulenheiliger aller rechtspreudischen Kunterbunt-Bereinigungen in allen Ländern, an der Spitze des italienischen Staatsweizens steht, außerordentlich gelähmt. Ja, gewalttätig zerstört und durch unglückliche Terrorakte teilweise direkt ausgerieben worden. Der einst so stolze italienische Bauarbeiterverband, zu dem auch die dortigen Steinarbeiter gehören, ist zusammengebrochen und seine Funktionäre sind des Landes verwiesen. Einfach fürchterlich sind die italienischen Vorgänge auf diesem Gebiet. Der dortige Gewerkschaftsbund hat die Terrorakte, verbunden mit Brandstiftung, Personenmißhandlung und -Totschlag, in einer Broschüre zusammengestellt und diese der Öffentlichkeit des Auslandes übergeben. Die Christenverfolgungen der Römerzeit können nicht schlimmer gewesen sein! Sogar die italienischen Arbeitgeber, die erst frohlockten, merken jetzt die Auswirkung in der Industrie und in ihren Betrieben durch Abwanderung der Arbeiter usw. und sie wenden sich nunmehr in öffentlichen Kundgebungen an die Regierung gegen den gewerkschaftsvernichtenden faschistischen Terror. Wir haben die Überzeugung, daß die dortigen Zustände unhaltbar sind und daß in absehbarer Zeit durch die öffentliche Meinung eine Venderung herbeigeführt wird. Dann werden auch die italienischen Bau- und Steinarbeiter ihre stolze Organisation wieder aufrichten können. Und was in unsern helfenden Kräften steht, werden wir dabei nicht im Hintergrunde halten dürfen.

Der Kongress in Lugano hat folgende vorläufige Tagesordnung:

1. Wahl des Tagesbureaus.
2. Art der Abstimmungsberechtigung.
3. Berichterstattung des Sekretärs.
4. Fusion oder Kartellierung mit dem Internationalen Bauarbeiterverband.
5. Abänderungen zum internationalen Reglement.
6. Emigration.
7. Arbeiterschutzgesetze im Berufe und Achtstundentag.
8. Wahl des internationalen Sekretärs.
9. Verschiedenes.

Diese Tagesordnung umfaßt alles, was in der heutigen Lage von einer solchen internationalen Zusammenkunft der Steinarbeiter erledigt werden kann. Welterschütterndes wird dort nicht ausgeübt werden und Phrasen haben dort am allerwenigsten Raum. Es handelt sich in der Hauptsache um rein berufliche Fragen und um die organisatorische Zusammenarbeit der einzelnen Länder-Verbände. Die Beschlüsse werden sich im Rahmen der großen nationalen und internationalen Gewerkschaftskongresse bewegen. Die übrige Mitwelt beurteilt die Beschlüsse solcher internationaler Zusammenkünfte fast immer nur nach der Bedeutung der betreffenden Industrie für den menschlichen Lebensbedarf und nach ihrer volkswirtschaftlichen Einflüßbarkeit. Die letztere ist zweifellos in einzelnen Ländern, wie Schweden, Norwegen, Belgien größer wie in andern, doch allgemein gesehen, nicht von dringender Bedeutung; für den menschlichen Lebensbedarf noch weniger. Folgedessen hat die Konferenz in erster Linie für die Steinarbeiter nur rein berufliche und organisatorische Bedeutung. Es ist im Hin-

sicht auf die zu lösenden Fragen nur zu wünschen, daß die Beteiligung diesmal eine bessere wird, wie in Innsbruck, wo die nordischen Länder leider fehlten.

Seit Jahren liegt das Bestreben vor, die Steinarbeiter-Internationale mit jener der Bauarbeiter zu vereinigen. Gefördert werden diese Bestrebungen von den ausländischen Organisationen, die eine selbständige Steinarbeiterorganisation nicht mehr haben oder überhaupt nicht hatten und wo alles dem Bauarbeiterverband angehört. Rein objektiv betrachtet, ist dieses Verlangen zu verstehen. Nur muß beachtet werden, daß dort, wo die Steinarbeiter sich den Bauarbeiterverbänden angegliedert haben, die Steinindustrie zahlenmäßig unwesentlich ist. Unsere Kollegen dort haben nun aus der Not, die sie zur Vereinigung trieb, eine Tugend hergeleitet, die sie nun von den übrigen Ländern auf geübt sehen möchten. Deutschland, Belgien, Schweden, Norwegen, Finnland haben bisher die Notwendigkeit nicht einsehen können, auch nicht, daß ein Aufgehen in der Bauarbeiter-Internationale für die Steinarbeiter beruflich praktischer wäre. Wir glauben auch kaum, daß die Zusammenkunft in Lugano darin eine Venderung bringt. Am allerwenigsten wird dies jedoch erreicht, wenn die Verantwortung rein beruflicher Angelegenheiten von ausländischen Bauarbeiterorganisationen abgeholt wird mit dem Hinweis, daß sie nur mit einer Internationale verkehren können. Diese Zwangsschablone paßt nicht auf unsre noch selbständigen Verbände und wirkt für die Vereinigung durchaus nicht anregend und fördernd. Wenn diese Praxis Platz greift, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn das schließlich gegenseitig geübt wird. Nur steht es mit dem Sinn des Organisationsgedankens national und international im Widerspruch. Doch wir wollen erst die Gründe in neuer Auflage für die Vereinigung in Lugano anhören, denn mit vorgefaßtem „Nein!“ fahren unsre Delegierten nicht hin.

Auf dem Kongress werden im Punkt „Emigration“ auch wahrheitlich Klagen laut werden über das Verhalten ausgewanderten arbeitssuchender deutscher Kollegen, besonders aus der Schweiz. Im „Steinarbeiter“ haben wir in den letzten zwei Jahren mehrfach Beispiele gebracht, daß sich deutsche Kollegen im Auslande leider nicht so benommen haben, wie es einem organisierten Arbeiter ziemt. Gewiß kann nicht die Gesamtheit der deutschen Kollegen für die Handlungen einzelner im Auslande verantwortlich gemacht werden, und doch fällt der Schatten solcher Querschläger auf uns jurid. Die deutsche Organisation hatte bisher in der Internationale der Steinarbeiter einen guten Klang. Die Ueberzeugung, Organisation, Disziplin und Opferwilligkeit unsrer Mitglieder galt als Muster. Wer von Deutschland abreist und über der Grenze wie ein Hemd alles abstreift, was in der deutschen Heimat hochgehalten wird, ist wirklich ein kümmerlicher Zeitgenosse, der schädigt uns alle! Und wer im Ausland sich auf gewerkschaftlichem Gebiet als Freibeuter bewegt, der ist im Ernstfall in Deutschland auch nicht besser und muß nach seiner Rückkehr nach allen Regeln der Kunst abgefittelt werden.

Eine wichtige Frage, über die in Lugano eingehend geredet werden muß, ist: „Die Arbeitszeit und die Arbeiterschutzgesetze in der Natursteinindustrie.“ Das Material, das aus den einzelnen Ländern darüber vorliegt, ist mehr wie lächerlich und mit ganz wenigen Ausnahmen scheint das Interesse für den gesundheitlichen Arbeiterschutz nicht besonders groß zu sein. Es hat sogar den Anschein, als wenn es mit diesen Bestrebungen scharf bergab gegangen ist und die Initiative völlig erlahmt. Hier anzufeuern und vorwärtszutreiben, ist mit die Aufgabe des deutschen Verbandes. Die Berufsschäden aus der Steinbearbeitung und die Unfallhäufigkeit und -folgen bei der Steingewinnung sind in allen Ländern die gleichen. Hier liegt neben der Klassenkenntnis die Verankerung unsrer internationalen Verbindung, von der wir hoffen, daß sie nach und nach etwas wirksamer wird als nur ein gegenseitiger Austausch von Mitteilungen und vierteljährlicher Situationsberichte. Die Verhandlungen in Lugano sind Wegbereiter zu dieser gewünschten notwendigen Entwicklung. Die deutsche Organisation stellt dazu ihre gewonnenen Erfahrungen zur Verfügung und sie wird mit Wort, Rat und Tat in kollegialer Weise die internationale Steinarbeiterbewegung fördern helfen. Diese Bewegung hat dem deutschen Verband in der Zeit der höchsten Not brüderlich geholfen, das wird niemals vergessen und wir handeln zweifellos im Sinne der deutschen Gesamtmitgliedschaft, wenn wir dem 6. Kongress der Steinarbeiter-Internationale zu seiner Tagung am 12. und 13. Oktober von dieser Stelle aus unsre Grüße übermitteln und den Beratungen den besten Erfolg wünschen.

Gegen die kurzen Arbeitspausen.

In den letzten Jahren ist von der Arbeiterschaft recht häufig als ein Mittel zur Verkürzung des Arbeitstages die Verkürzung der Pausen betrachtet worden und zur Anwendung gekommen. Während in der Vorkriegszeit in kleineren Städten und in ländlichen Gegenden eine zweistündige oder anderthalbstündige Mittagspause und in den größeren Städten die einständige Mittagspause fast allgemein üblich war, ist jetzt eine halbstündige Pause für die Mehrzahl der Betriebe die Regel. Einige Betriebe haben sich sogar schon um behördliche Zulassung einer noch kürzeren Pause bemüht.

Eine mindestens einmalige Unterbrechung der Arbeit am Tage durch eine Pause ist notwendig, allein schon zur Einnahme einer Mahlzeit. Nicht jede Arbeit gestattet das Essen so nebenher. Bei einer sehr großen Reihe von Arbeiten ist das Essen während der Arbeit auch mit großen Gesundheitsgefahren verbunden. Vergiftungen und Erkrankungen durch Blei, Bleiweiß, Quecksilber, Terpentin, Oel und zahlreiche andre gesundheitsgefährliche Stoffe, die im Arbeitsprozeß verwendet werden, beim Bearbeiten von Fellen und Häuten usw., die nicht selten zur völligen Erwerbsunfähigkeit und sogar zum Tode geführt haben, sind häufig darauf zurückzuführen, daß Arbeiter und Arbeiterinnen bei der Arbeit gegessen haben.

Diese traurigen Erfahrungen haben erheblich dazu beigetragen, Pausen zur Einnahme der Mahlzeiten einzuführen, und Waschgelegenheiten und auch besondere Eräume zu schaffen, damit die Arbeiter sich säubern können und nicht Gefahr laufen, mit den Händen oder durch den Arbeitsschmutz schädliche Stoffe den Schwären und mit diesen dem Körper zu übertragen.

Die Arbeiterschaft hat durch ihre Organisationen energisch um Arbeitspausen und Eräume kämpfen müssen. Sie hat dabei Unterstützung gefunden und ist oftmals dazu erst angeregt worden durch interessierte Gewerbeaufsichtsbeamte und durch Männer und Frauen der Wissenschaft.

Eine Unterbrechung der Arbeit für eine bestimmte Zeit am Tage ist aber nicht nur zur Einnahme einer Mahlzeit notwendig, sondern auch, um den Körper — wenn auch nur für kurze Zeit — ausruhen zu lassen und um, wenn möglich, in dieser Zeit andre Luft zu atmen.

Bei längerer Arbeitszeit reichen die Kräfte für ununterbrochene oder nur durch kurze Pausen unterbrochene Arbeit einfach nicht aus. Das spürt freilich nicht jeder Arbeiter und jede Arbeiterin in gleichem Maße und vor allen Dingen nicht immer in jungen Jahren. Es liegen aber zahlreiche Beweise dafür vor, daß eine bestimmte Ruhezeit am Tage aus Gesundheitsrückichten notwendig ist. Diese Beweise liefern vor allen Dingen die Unfallziffern. Die Zahl der Unfälle steigt mit der Arbeitsdauer. Sie ist am geringsten bei Beginn der Arbeit am Morgen und nach den Pausen und am häufigsten vor Eintritt des Arbeitsschlusses.

Diese Feststellungen in Verbindung mit den Ergebnissen ärztlicher Untersuchungen haben zur gesetzlichen Festlegung der mindestens einständigen Mittagspause durch die 1891 in Kraft getretenen Bestimmungen des Arbeiterinnen- und Jugendschutzes geführt. Für erwachsene männliche Arbeitskräfte waren in der Vorkriegszeit in der Regel gesetzliche Pausen und eine gesetzliche Begrenzung des Arbeitstages nicht vorgehien. In der Praxis waren aber für diese fast ausnahmslos die Pausen die gleichen, wie für die Frauen, und es bestanden abweichende Pausen nur für jugendliche Arbeitskräfte unter 16 Jahren.

Die Einführung der einständigen Mittagspause wurde seinerzeit von der Arbeiterschaft nicht selten bekämpft, zum mindesten nicht begrüßt. Nachdem die zwölf- und dreizehnstündige Arbeitszeit durch die Erfolge gewerkschaftlicher Organisation der elf- und zehnstündigen und sogar 9 1/2stündigen Arbeitszeit gemichen war, hatte sich vielfach die halbstündige Mittagspause eingeführt, neben der allerdings meist noch eine viertelstündige Frühstückspause und manchmal auch noch eine gleiche Vesperpause bestand. Die Verlängerung der Mittagspause im Jahre 1891 um eine halbe Stunde bedeutet also für zahlreiche Männer und Frauen eine Verlängerung der Zeit, die sie im Betriebe zubringen mußten. Sie war freilich oft genug Anlaß, für verkürzte Arbeitszeit einzutreten und zu kämpfen. Mit der fortschreitenden Verkürzung der Arbeitszeit durch die Gewerkschaften fiel aber in der Regel die Vesperpause fort, während die Frühstückspause beibehalten wurde.

Für jugendliche Arbeitskräfte unter 16 Jahren war übrigens in der Vorkriegszeit eine nur halbstündige Pause bei höchstens sechsstündiger Arbeitszeit erlaubt.

Während des Krieges konnten die Vorschriften für den Arbeiterinnen- und Jugendschutz bekanntlich auf Antrag für vorübergehende Zeit ausgesetzt werden. Gegen Ende des Krieges dachte kaum noch ein Betrieb daran, sie innezuhalten, und auch die Arbeiter und Arbeiterinnen hatten sie vielfach vergessen.

Nach der Revolution traten mit dem Achtstundentag auch Vorschriften in Kraft, die kürzere Pausen zuließen. Die zulässige halbstündige Mittagspause wurde bald die Regel. Für zahlreiche Betriebe und Betriebe mag diese Pause bei achtstündiger Arbeitszeit auch ausgereicht haben, obgleich von Gewerbeingenieuren und andern sachkundigen Personen auch damals oft genug auf die Gesundheitsgefährdungen hingewiesen worden ist, die mit der Zeit daraus erwachsen müssen, daß bei der in Deutschland üblichen Art, morgens nur etwas Kaffee und ein wenig Brot zu genießen, die Arbeitskräfte unter Umständen erst nach vier und mehr Stunden wieder zu einer Mahlzeit kommen, die übrigens für die Mehrzahl auch nur aus Brot besteht. Zahlreiche Männer und Frauen können übrigens gar nicht solange ohne Nahrung sein, und da bis zur Mittagspause eine andre Essenspause nicht vorhanden ist, essen sie eben während des Arbeitens.

Diese so gefährliche Ansitte bürgert sich immer mehr ein. Sie steigert sich mit der inzwischen eingetretenen Verlängerung des Arbeitstages. Gewerbeaufsichtsbeamte haben sogar schon Fälle festgestellt, wo überhaupt keine Pause am Tage gemacht wurde. In solchen Fällen muß während der Arbeit gegessen werden. Welche großen Gesundheitsgefährdungen daraus bei längerer Uebung für die Arbeiterschaft erwachsen können und vielleicht schon entstanden sind, ist gar nicht auszubedenken. Deshalb bemühen sich jetzt Gewerbeaufsichtsbeamte und andre sachverständige Persönlichkeiten, mit Hilfe der Gewerkschaften diese Gefahren dadurch zu bekämpfen, daß Pausen, die der Arbeitszeit angemessen sind, eingeführt und innegehalten werden.

Die Durchführung dieser Absicht ist nicht leicht. Die männliche und weibliche Arbeiterschaft setzt diesem Streben starken Widerstand entgegen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen wollen möglichst frühzeitig aus den unfreundlichen Arbeitsräumen heraus. Sie wollen auch frühzeitig heraus aus der Arbeitsfront. Sie wollen die Zeit verlängern, wo sie Mensch sein können. Sie ist ohnehin, selbst im günstigsten Falle, nur kurz.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen sollten sich zur Erreichung dieses Zieles aber eines andern Mittels bedienen als der Verkürzung der Arbeitspausen, die zur längeren Erhaltung ihrer Arbeitsfähigkeit notwendig sind. Schon bei nur achtstündiger Arbeitszeit wird eine einmalige, nur halbstündige Pause von zahlreichen Sachverständigen als nicht ausreichend angesehen. Bei längerer Arbeitszeit, wie sie jetzt vielfach wieder in Uebung gekommen ist, steigern sich natürlich die Gefahren, die aus unzureichenden Pausen entstehen.

Die Arbeiterschaft muß mit ihrer Gesundheit und mit ihrer Arbeitskraft haushalten. Sie hat heute um so mehr Ursache, vorsichtig damit umzugehen, weil die Kriegsjahre und die seit Beginn des Krieges verfloßene Zeit für die Mehrzahl der unbestimmten Bevölkerung Jahre der Entbehrung und der Unterernährung gewesen sind.

Deshalb darf längere Freizeit nicht auf Kosten der Arbeitspausen erworben werden. Nicht einmal vorübergehend für die Zeit, wo infolge geschwächten gewerkschaftlichen Einflusses der Achtstundentag abgebaut worden ist, sollte dieser Weg gegangen werden.

Soll längere Freizeit die körperliche und geistige Entwicklung ermöglichen, dann geht der Weg zu ihr einzig und allein über die Arbeitszeit, deren Dauer abhängt von dem Einfluß, den die Arbeiterschaft durch ihre Organisation gegenüber Unternehmern und Regierungen ausüben in der Lage ist

Gertrud Hanna.

Gewerkschaftsprobleme.*

Von Friß Tarnow.

Die Gewerkschaften haben in der Zeit nach dem Kriege die unmittelbare Gewerkschaftsarbeit, die Lohnpolitik, so ausschließlich treiben müssen, daß sie weder Zeit noch Ruhe gefunden haben, um die neuen Probleme wenigstens theoretisch zu klären; da ist einmal das Verhältnis der Gewerkschaften zum Staat. Ich meine nicht die Frage, ob die Gewerkschaften den neuen Staat anerkennen — unser Bekenntnis zur demokratischen Republik brauche ich in diesem Kreis nicht zu wiederholen —, sondern die Frage: wie die Gewerkschaften in die neue Staatspolitik eingegliedert werden können.

Der alte Staat war ja eigentlich bis zu seinem Ende grundsätzlich immer noch auf der Theorie aufgebaut von der Nachwachstumsrolle des Staates: Der Staat hat die Aufgabe, für die Ordnung in der Gesellschaft zu sorgen, aber im übrigen muß er den Dingen seinen freien Lauf lassen, insbesondere der wirtschaftlichen Entwicklung. Praktisch hat diese Theorie allerdings nicht mehr vollkommen gegolten, denn in Wirklichkeit hat auch der alte Staat sehr tief eingegriffen in die Wirtschaft durch seine Steuern, Handels- und Zollpolitik. Aber der Form nach hat er aufrechterhalten, daß diese Dinge sich frei entwickeln müßten.

Der neue Staat muß offen anerkennen, daß die Wirtschaft eine Angelegenheit der Staatspolitik ist. Und er muß als demokratischer Staat alle Schichten an der Regelung des Wirtschaftslebens teilnehmen lassen. Diese Teilnahme ist das Sprungbrett der Gewerkschaften als Arbeitervertretung zur Eingliederung in die Staatspolitik.

In der Verfassung ist ja auch der Weg geöffnet, auf dem diese staatspolitische Tätigkeit für die Gewerkschaften möglich ist, und zwar im § 165. Man ist heute vielfach der Meinung — auch in unseren Parteikreisen —, daß dieser Paragraph nur eine Verlegenheitsmaßnahme an die damalige Modeströmung des Rätewesens gewesen ist. Man sollte sich in Parteikreisen vor solcher Anschauung hüten. Nach unsern ganzen Ideen, nach unsern ganzen sozialistischen Auffassungen soll die Wirtschaft eine Angelegenheit der Gesellschaft, der Gesamtheit werden, und nicht eine Privatangelegenheit der Kapitalisten, der Besitzer der Produktionsmittel sein. Wenn man diese Idee konsequent verfolgt, muß man dazu kommen, alle Wege zu beschreiten, um die Wirtschaftspolitik tatsächlich zu einer öffentlichen Angelegenheit zu machen. Das ist mit dem § 165 eingeleitet worden. Der Versuch ist aber in den Anfängen stecken geblieben. Die Bezirksratsgewerkschaften sind noch nicht geboren. Ich muß als Mitglied des Reichsratsrats ehrlicherweise sagen, daß die Tätigkeit dieses Reichsratsparlamentes nicht so übermäßig ist, daß man darüber in Begeisterung verfallen könnte. Aber unser Wirtschaftsparlament ist etwas ganz Neues, ohne Vorbild in der Welt. Der Wirtschaftsparlamentarismus müßte seine Form erst finden. Und er kann vor allen Dingen erst dann wirksam werden, wenn die politischen Voraussetzungen dafür geschaffen sind. Fortentwicklung dieses wirtschaftlichen Parlamentarismus ist nach meiner Auffassung der Weg, auf dem die Gewerkschaften in die Staatspolitik hineinkommen können und hineinkommen müssen. Es gibt Gewerkschaften, die der Meinung sind, daß in den politischen Parlamenten die Gewerkschaften die Tribune und die Verhandlungsbasis und die Machtfulle finden würden, die sie gebrauchen, um ihre Ideen, ihre wirtschaftspolitische Auffassung durchzusetzen. Diese Gedankenreihe mündet darin, daß an Stelle der politischen Arbeiterpartei die gewerkschaftliche Arbeiterpartei tritt. Diese Gedanken kommen einmal von den Arbeitermassen, die enttäuscht sind über die Zerrissenheit der politischen Bewegung, und meinen, die politischen Arbeiterparteien würden sich niemals wieder zusammenfinden können. Ein solcher Gedankengang ist außerordentlich primitiv und eine Illusion. In dem Augenblick, wo die Gewerkschaften zu den politischen Fragen letzten Endes und entscheidend Stellung zu nehmen hätten, wäre die Gewerkschaftsbewegung genau in so viel Teile zerfallen wie die politische Arbeiterbewegung. Diese Auffassung findet man dann bei Gewerkschaftsmitgliedern, die die Gewerkschaften zu den alleinigen Trägern der Politik, soweit Arbeiterinteressen zu vertreten sind, machen wollen, weil die Staatspolitik immer mehr von der Wirtschaftspolitik beherrscht werde. Diese sei das Entscheidende. Alle andern staatspolitischen, kulturpolitischen Fragen müßten sich der Wirtschaftspolitik unterordnen, und darum müßte die Führung der Politik bei den Wirtschaftsorganisationen liegen, eine Auffassung, die parallel bei den Unternehmerverbänden vorhanden ist. Es mag dahingestellt bleiben, ob wirklich die Entwicklung dahin führt, daß die Wirtschaftspolitik die entscheidende Rolle spielen wird. Einst-

weisen sind wir noch nicht so weit, und ich sehe für absehbare Zeit nicht die Möglichkeit, die politische Parteitätigkeit entbehren zu können. Soweit die Vertretung der wirtschaftspolitischen Interessen, wie sie besonders in den Gewerkschaften gepflegt werden, auch in den politischen Parlamenten notwendig ist, geschieht das heute wie früher auf dem Wege der Personalunion zwischen Gewerkschaft und Partei, eine Personalunion, die ja auch in den politischen Parlamenten ihren Ausdruck findet. Um Wirtschaftspolitik treiben zu können, braucht man auch ein gewisses Maß wirtschaftspolitischer Kenntnisse und Einsicht, und ich möchte als Gewerkschafter nicht behaupten, daß diese Fähigkeit in der Gewerkschaftsbewegung gegenüber der Parteibewegung so überragend entwickelt wäre. Wir haben leider bis zur Revolution die Wirtschaftspolitik als eine Angelegenheit betrachtet, die uns nichts angeht, und uns nur mit der Sozialpolitik befaßt. Wir hatten auch keine Möglichkeit praktischer Wirtschaftspolitik. Wir müssen Wirtschaftspolitik erziehen und dürfen dabei nicht vergessen, daß aktive, positive Wirtschaftspolitik etwas anderes ist als negative Wirtschaftskritik. Auch Wirtschaftspolitik ist die Kunst des Möglichen, und die Möglichkeiten sind in einer Zeit, wie wir sie durchleben haben und noch durchleben, außerordentlich beschränkt, noch viel beschränkter als in normalen wirtschaftlichen Verhältnissen. Die Erkenntnis der wirtschaftlichen Situation ist schwieriger als zu irgendeiner andern Zeit. Das Tempo der Entwicklung unserer Wirtschaft wird zweifellos ein sehr viel schnelleres sein als bisher. Ihre Rationalisierung muß ein schnelleres Tempo annehmen, und wir können dazu nicht ja oder nein sagen, denn diese Rationalisierung ist zwangsläufig. Wir müssen dabei für die Arbeiter herausfinden, was herauszuholen ist.

Wir müssen uns aber auch mehr als bisher befassen mit dem Ausbau unserer inneren Organisation, unserer Verwaltungseinrichtungen! Manches ist heute überlebt, manches muß geändert werden, manches ist verfallen, weil wegen der ewigen Lohnbewegungen der innere Ausbau nicht in gleichem Maße gepflegt werden konnte. Dazu gehört die Regelung des Beitrags- und Unterstützungswesens. Vor allem aber auch die Entwicklung der Tarifgemeinschaften, die Entwicklung des Tarifvertragswesens. Scheinbar haben wir eine ungeheure stürmische Entwicklung in der Nachkriegszeit erlebt, indem beinahe reiflos alles in Tarifgemeinschaften eingepreßt worden ist; in Wirklichkeit ist häufig Tarifformalismus geschaffen worden, dem der Inhalt fehlt. Aber was noch viel schlimmer ist und was vielen Gewerkschaftern selbst noch nicht recht klar geworden ist: die Entwicklung des Arbeitsrechts im Tarifvertrags- und Schlichtungswesen führt uns in gerader Linie zur Vernichtung des Gewerkschafts-, Koalitions- und Streikrechts, das abgelöst werden kann durch einen staatlichen Einigungszwang. Wir sind in der Gesetzgebung heute schon so weit, daß dieser Punkt erreicht worden ist, wenn sich das auch praktisch aus mancherlei Ursachen noch nicht auswirkt. Ich sehe darin eine ganz ungeheure Gefahr, die man, solange es noch Zeit ist, beseitigen muß, und ich stoße mich nicht daran, daß auch die Arbeitgeber in diesem Falle die Beseitigung des Einigungszwanges, die Beseitigung des Zwangsarbeits fordern. Sie tun es, weil sie der Meinung sind, daß sie im Augenblick ohnedem mit uns besser fertig werden können. Wenn die Gewerkschaften wieder stark sein werden, wird das Unternehmertum alle gelegentlichen Möglichkeiten zur Aneberung der Gewerkschaften reiflos ausnützen. Man muß heutzutage sorgen, daß solche gelegentlichen Möglichkeiten nicht vorhanden sind.

Ein besonderes Problem der Gewerkschaftsbewegung, das auch die breitere Öffentlichkeit beschäftigt hat, ist die Umwandlung der Organisationsform, die Zusammenlegung der Gewerkschaften in eine kleine Anzahl von Industrieverbänden. Die Zugehörigkeit zu einer Organisation soll nicht mehr von dem persönlichen Beruf abhängig sein, sondern von der Zugehörigkeit zum Betriebe. Jeder Betrieb soll nur eine Organisation haben und jeder Betrieb zu seiner Industriebranche gehören. Verwaltungstechnische und lohnpolitische Gründe sowie der Glaube, daß je größer eine gewerkschaftliche Organisation ist, je besser sie arbeite, eine Auffassung, die ich ganz entschieden bestritte, spielen da mit. Man sagt auch, der Konzentration des Kapitals müsse eine entsprechende Konzentration der Gewerkschaften entgegengesetzt werden. Die Größenfrage der gewerkschaftlichen Organisationen ist ja wissenschaftlich noch nicht untersucht. Ich habe das Gefühl, daß die Kleinorganisationen in eine Schwerfälligkeit hineingeraten werden, die ihrer Schlagkraft gefährlich werden kann. Ich bin auch der Meinung, daß das berufliche Zusammengehörigkeitsgefühl sich als ein dauerhafterer Kitt für die Gewerkschaftsorganisation erwiesen hat als das betriebliche Zusammengehörigkeitsgefühl. Je enger der Berufsrahmen gespannt ist, um so fester und intakter ist die gewerkschaftliche Organisation geblieben, und je berufsmäßig eine Organisation ist, um so größer ist der Zerfall, das Auseinanderlaufen. Wo hin die Uebertreibungen führen, hat Edo Fimmen in seiner neuen Broschüre gezeigt. Er weist darauf hin, daß die Zusammenfassung zu Industrieverbänden längst wieder überlebt ist und die Zusammenfassung zu internationalen Industrieverbänden die Forderung des Tages sei, und begründet auch das mit der Konzentrationsentwicklung des Kapitals. Es gibt internationale Konzentrationsentwicklungen. Aber sie verlaufen durchaus nicht gradlinig, sondern sind auch gegeneinander gerichtet und über-

schneiden sich teilweise. Bei uns beobachtet man seit der Stadterneuerung eine mehr ricklängige Entwicklung.

Die Frage, die uns auf absehbare Zeit in der Hauptsache beschäftigen wird, ist die Lohnpolitische. Wir müssen die Zusammenhänge, die zur Lohnbildung führen, erkennen und danach unsere Taktik einrichten. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ist seit Monaten sehr rührig. Wir leben in einer Periode des allerhöchsten Klassenkampfes, so scharf, wie er wahrscheinlich überhaupt noch niemals dagewesen ist, eines Klassenkampfes, der von den Unternehmern mit vollendeter Rücksichtslosigkeit geführt wird. In jeder Wirtschaftskrise sind die Unternehmer besonders angriffsunfähig gewesen. Das ist keine außergewöhnliche Erscheinung. Aber der Kampf, den sie jetzt führen, ist ein großartiger, ein planmäßig aufgezogener Kampf mit sehr klar erkannten großen Zielen. Es lassen sich ungefähr drei Abschnitte in diesem Kampf erkennen.

Der erste Abschnitt: Am Ende der Inflationszeit, als die Unternehmer daran gingen, die soziale Gesetzgebung niederzureißen. Sie taten die Angriffe auf die Demobilisierungsverordnungen, auf die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit; Sie wissen, daß damals in ganz großem Maßstabe die öffentliche Meinung beeinflusst worden ist, die Regierungen, die Parlamente bestürmt, auch die Gewerkschaften benannt worden sind, endlich einzugehen, daß es nicht anders geht. Damals ist diese ganze Attacke immer nur unter dem Hinweis auf die augenblicklichen Zustände begründet worden, nicht von der Zukunft wurde gesprochen, im Gegenteil, es hieß, sowie die Wirtschaft wieder läuft, könnt ihr alles wieder haben, aber erst muß die Wirtschaft laufen, und das können wir nur erreichen, wenn wir jetzt die Sozialpolitik etwas beiseite schieben und uns ausschließlich der Wirtschaftspolitik zuwenden: mehr Arbeit, billigere Arbeit, damit wir wieder auf die Beine kommen. Wir haben uns gewehrt, und schließlich haben die Unternehmer, was sie auf dem Verhandlungswege mit uns nicht erreichen konnten, auf dem Boden der politischen Macht erzungen. Die Demobilisierungsverordnungen, namentlich diejenigen, die den Entlassungsschutz enthielten, die den Unternehmern nicht die Möglichkeit boten, ihre Betriebe von unproduktiven Arbeitern zu reinigen, wie sie sagten, wurden beseitigt. Die Unternehmer bekamen die Möglichkeit der Säuberung der Betriebe, und sie haben von diesen Möglichkeiten ja auch den weitgehendsten Gebrauch gemacht. Dazu kam die Beseitigung der Arbeitszeitregelung. Das war der erste Kampfabschnitt.

Die zweite Periode, der Wiederaufbau der Wirtschaft, sollte beginnen. Was ist gekommen? Ein maßloser Angriff gegen die Arbeiterschaft, gegen die Gewerkschaften mit dem offensichtlichen Zweck, den günstigen Augenblick auszunutzen, um die Gewerkschaften niederzuzwingen. Die Unternehmer wußten und wissen natürlich, daß wir aus der Inflationszeit ohne Geldmittel hervorgegangen sind und dadurch in der Kampfführung maßlos eingeeengt waren. Sie kennen die Folgen der kommunikativen Wühlarbeit, die Lockerung der Organisationsdisziplin. Kleinstkämpfe, nicht mit einem praktischen Ziele, sondern nur, um die Arbeiter zu bücken, um die Gewerkschaften heruntersubriden, sind geführt worden. Sie haben der Wirtschaft ungeheure Wunden geschlagen. Der Erfolg dieses zweiten Kampfabschnitts ist durchaus nicht nach dem Wunsche der Unternehmer. Sie haben den Gewerkschaften schwere Wunden beigebracht, aber die Gewerkschaften sind daran nicht gestorben, sie denken gar nicht daran. Der Erfolg ist unterschiedlich. Es gibt Industriegruppen, wo tatsächlich der Achtstundentag zum größten Teil beseitigt ist, es gibt Industriegruppen, wo die Unternehmer die Unterlegenen sind. Im Baugewerbe, im Holzgewerbe, in einer Reihe anderer Industrien ist der Achtstundentag im großen und ganzen erhalten worden. Die Unternehmer sind aber auch ihrer Erfolge nicht froh, sie erkennen, daß es Augenblickserfolge bleiben, wenn sie erwarten müssen, daß bei aufsteigender Wirtschaftsjunktur die Arbeiter wieder auf den Kampfplatz treten, um sich den Achtstundentag wiederzuholen.

Darum steht jetzt die dritte Periode des Kampfes an. Wieder wird die öffentliche Meinung herangezogen. Was in der letzten Zeit an Aktivität geleistet worden ist, ist bewundernswert. Die Reparationsfrage ist das willkommenste Agitationsstück. Wo soll das Geld für die Reparationen herkommen? Das kann doch nur erarbeitet werden! Also müssen die Arbeiter länger arbeiten, müssen sie sich den Hungerriemen enger schnallen. Ein neues Volkvermögen muß zusammengespart werden. Und wer soll Besitzer dieses neuen, von den breiten Massen des Volkes zusammengehengerten Volkvermögens werden? Den Unternehmern ist das selbstverständlich: dieses neue Vermögen muß Betriebskapital werden. Sie meinen, wir können nicht mehr die volle Lohnrate auszahlen, wie in einer normalen Wirtschaft, wir müssen die Lohnrate kürzen, damit wir wieder zu Betriebskapital kommen. Die Arbeiter sollen ein Kapital ersparen, das in den Besitz der Unternehmer kommt, eine ganz ausgezeichnete und keine Idee der Unternehmerklasse! Das bedeutet nicht etwa nur die Wiederherstellung der alten volkswirtschaftlichen Verhältnisse; denn früher waren die Unternehmer nicht Besitzer des mobilen Kapitals, sie waren Besitzer des immobilien Kapitals, der Betriebe, der Produktionsmittel. Das mobile Kapital haben sie im wesentlichen als Leihkapital aufnehmen müssen. Bei 30—35 Goldmillarden Leihkapital vor dem Kriege, die bei den Geldanstalten vorhanden waren, sind allein 20 Milliarden Sparkasseneinlagen ge-

* Vortrag, gehalten in der „Freien Vereinigung für Republik und Sozialismus“. Veröffentlicht in Heft 21 „Die Glocke“.

Außenbauformen.

I.

Das Wort und der Begriff Stil ist abgeleitet von dem lateinischen Worte „Stilus“, mit dem man den dünnen metallenen, feineren oder auch aus Hartholz gefertigten Griffel im Altertum bezeichnete, dessen Spitze dazu diente, die Schriftzeichen auf mit Wachs überzogene Tafeln einzutragen. Der Begriff wurde später auf die Schreibweise übertragen — man sagt doch heute noch: der schreibt einen guten, jener einen schlechten Stil — und endlich auf die Kunst im allgemeinen. Hier bedeutet das Wort nun in erster Reihe die regelmäßige Regelmäßigkeit im Gegensatz zum Willkürlichen oder zufälliger naturalistischer Durchbildung. Im besonderen bezeichnen wir damit aber weiter die künstlerische Eigenart eines Volkes oder auch einer kunstgeschichtlichen Zeitperiode, in der eine bestimmte Formensprache die herrschenden Ausdruck kam. *Zusolgegeden sprechen wir von einriedischen, römischen, maurischen, indischen Stil usw.; nicht minder aber von einem altchristlichen, romanischen, gotischen usw.; aber auch von Unterarten, deren Begriff mit Personen zusammenhängt, die ihrer Zeit oder auch nur der Vertikalität, an der sie wirkten, einen bestimmten stilistischen Stempel aufbrachten. Daher unterscheidet der Kunstforscher noch innerhalb der großen, zeitlich oder nach Völkern gruppierten Stile einen Bramante-, Palladio-, Bernini- oder einen Stil Ludwig XIV. usw. in der Entwicklung der bildenden Künste: Architektur, Plastik und Malerei und der ihnen nahestehenden Gewerbe, für die erst die jüngste Zeit ebenso die Sonderbezeichnung „Kunsthandwerk“ brachte, wie für die Baukunst die Scheidung in Außen- und Innenarchitektur, für deren Vertreter nun das Schlagwort „Raumkünstler“ geprägt wurde.

Doch mit dem Begriff „Stil“ verbindet sich außer dem Festhalten an den hierfür geschnittenen Formen die Rücksichtnahme auf das zur Ausführung des Gegenstandes bestimmte Material. Was sich aus Metall biegen und hämmern läßt, soll nicht ornamental oder sonstwie in Stein, Stuck oder Holz kurzweg übertragen werden. So viel sich auf Anhaltspunkte zur Wiederverwertung gegebener Formen in irgendeinem andern Material finden lassen, jene werden dadurch doch häufig genug nicht nur eine Material-, sondern auch eine stilistische Lüge. Ein bezeichnendes Beispiel hierfür ist unter vielen andern das sogenannte Kollwerk der Spätrenaissance, mit dem aufgebogenes oder eingetolltes Metallblech in Stein, Holz usw. nachgebildet wurde.

In derlei Aberrationen verfielen einzelne neuerungsfähige Köpfe auch regelmäßig erst in der Niedergangsperiode eines Stiles

oder auch jene Industrielien der Neuzeit, die an Stelle des echten Materials ein mehr oder minder wertloses Surrogat verwendeten.

Die Kulturgeschichte zeigt, daß die Natur die Lehrmeisterin der Menschheit und zugleich die Erzieherin zum Handwerk und der sich aus diesem entwickelnden Kunst war. Als in vorgeschichtlicher Zeit die Menschen in mildem Klima unter dem dichten Laubdach von Bäumen und Strauchwerk kampierten, lernten sie deren Zweige zusammenzulechten und stützen; dies letztere mußte auch vielfach der Erdb- und Felshöhlenbewohner im rauheren Klima anwenden. Ein starker Ast, ein schlanker nicht biegsamer Stamm, ein roher schmaler oder plattenförmiger Felsblock genügt hierzu. Wir sehen auch ganz deutlich, wie in Gegenden, wo der Fels- und Holzbau infolge der Steinarmut üblich war, seine Formen bei den ursprünglichen Nomaden, also Hirtenvölkern, bei ihrer Umwandlung in aderbautreibende, also sesshafte, noch die der Holzkonstruktion entsprechenden Formen durch Jahrhunderte beibehalten wurden. Dort aber, wo der Stein in reichlicher Menge und größeren Blöcken vorhanden war, wurden diese zu den bekannten zyklonischen Mauern geschichtet.

Die lehrreichsten Beispiele der ersten Art bieten die in den Fels gemeißelten ägyptischen Grabkammern, deren Decken und Türstübe wie aus Rundbalken gebildet erscheinen, während die Wände senkrecht gestelltem und wagerecht verstelltem Lattegerüst gleichen. Selbst als man dort schon zu Freibauten überzugehen gelernt hatte, sprach sich dies Konstruktionsystem noch ganz deutlich in der Säule aus. Diese gleicht nämlich einem Bündel in Abständen mit Bändern zusammengebundener Lotostengel, die unter der Ausbauchung der das Kapital bildenden noch unerschlossenen Blüten von reifenartig übereinander liegenden Schnüren zusammengehalten werden.

Wir haben hier somit den unwiderlegbaren Hinweis auf den früheren mit zähen Schlinggewächstanken oder Bast-, vielleicht auch Lederchnüren, zusammengebundenen Stabbüdel, der das Blätter- oder Rindendach stützte. Sogar die tellerförmige Scheibe, auf die die Säule gestellt wurde, erinnert an den Baumstumpf oder den flachen Baustein, der jener zum Ausgleich der Bodenunebenheit unterlegt wurde. Ebenso verhält sich mit der dem Kapital aufgelegten dünneren, leicht vorragenden Scheibe, deren Aufgabe war, eine größere Tragfläche für das auflagernde Gebälk zu bieten (Abakus).

Längst war man in der Säulenform über die des Stabbüdels hinausgegangen, als das band- oder schnurartige Gliedern der Säule, und zwar vielfach nur in deren obersten Teilen, beibehalten wurde. Dies zeigt das mit Federpalmenwedel forbarig verzierte Kapital und jenes mit gerippten Fächerpalmbältern, an denen aus Stengeln Blüten und Knospen aufstiegen, während aus der Mitte die vierkante Gebälkstübe aus dem Blattstörbe emporragt.

Der Spätzeit gehören erst jene Säulen an, bei denen das Symbol des Bindens weggelassen, das Kapital vieredig gestaltet und mit Masken dekoriert wurde, denen kämpferartig ein mit Reliefs verzierter Würfel auflagerte, aus dem erst der plattenförmige schmälere Balkenträger austrat.

Die eigentliche Tempelhalle war in der Regel hinter hohen, nach den Seiten schräg abfallenden Blendmauern (Pylonen) mit stark ausladendem oberem Abschluß (Ranggelims) an der Vorderseite verdeckt. Zwischen diesen über und über mit Relieffiguren, Ornamenten und hieroglyphischen Inschriften bedeckten Schauhänden lag erst der gewöhnlich etwas vorpringende niedrigere Haupteingang des Tempels, den hohe Plagenmästen flankierten. Die Figuren und Ornamente dieser Pylonen waren gleich denen der Säulen und des Gebälks meist bemalt (polychromiert), wozu in der Regel möglichst lebhafteste Farben: rot, blau, gelb, seltener grün verwendet wurden.

Das Ornament kam in der ägyptischen Kunst über das geometrische Element und die stilisierte Pflanze selten hinaus. Selbst die Uräuschlange (Brillenschlange), der Skarabäus (Pflendreher, Mistkäfer), die geflügelte Sonnenscheibe u. a. verfielen dieser Umwandlung und das Flachornament, ob Relief oder gemalt, hatte in der Architektur durchweg teppichartigen Charakter, es lag immer das textile Vorbild zugrunde und weder die hieroglyphischen, bald senkrecht oder wagerecht verlaufenden Inschriften, noch auch die Bekrönungsdekorationen machten hiervon eine Ausnahme.

Ein Charakteristikum der ägyptischen Steinbauten sind insbesondere die Pyramiden mit ihren Grab- und die unterirdischen Steinbauten der Schatzkammern. In diesen werden die Hohlräume durch spaltenartig gegeneinander gestellte Quadern erzielt, bei jenen durch Uebertragung. Rein dekorative Bestimmung haben die Obelisken schlank, vierseitig, freistehende Pfeiler, oben pyramidenförmig abschließend und aus einem einzigen Steinblock (Monolith) gearbeitet. Das nämliche gilt von den Sphynxen, Löwen mit einem Menschenkopf und den häufig an die Palast- und Tempeltorpfiler gestellten Kolossalstatuen. Häufig wurden sie auch mit Tierköpfen: Sperber, Widder usw. gebildet.

Für den Kampf um den Fortschritt kann keine Kraft, und sei sie noch so schwach, entbehrt werden. — Das ununterbrochene Fallen der Tropfen höhlt schließlich den härtesten Stein aus. Und aus vielen Tropfen entsteht der Bach, aus Bächen der Fluß, aus einer Anzahl von Flüssen der Strom. Schließlich ist kein Hindernis stark genug, ihn in seinem majestätischen Lauf zu hemmen.

* Aus Stil- und Formenlehre. (Siehe Inserat heutige Nummer.)

wesen. Der Unternehmer hat sie verzinsen müssen. Jetzt geht seine Idee dahin, wieder ein solches Kapital zu schaffen, aber nicht mehr in der alten Form, sondern das neue Kapital soll sich ohne Verzinsungswang in den Händen der industriellen Unternehmer bilden. Die öffentliche Meinung muß begreifen, daß wir uns nicht mit unbeschränkter Begeisterung hinter diese Idee stellen können, sondern uns im Gegenteil mit allen Kräften dagegen stemmen.

Für die Arbeitgeber wäre es eine große Sache, wenn sie die öffentliche Meinung für ihre lohnpolitische Idee gewinnen könnten, aber niemand soll sich einbilden, daß sie ihre Idee aufgeben würden, für den Fall, daß die öffentliche Meinung sich nicht hinter sie stellt. Sie werden mit allen Mitteln die Gedankenengänge weiter verfolgen und mit allen Mitteln in den nächsten Monaten und Jahren versuchen, die Arbeiter niederzuhalten, ihre Organisationen zu knebeln, umzubringen. Darum wird die nächste Zeit angefüllt sein von schweren Kämpfen um den Arbeitslohn.

So stehen die ungeheuer schwierigen Fragen vor uns. Und statt unsere ganze Kraft für ihre Lösung einsetzen zu können, müssen wir bis über die Schultern im Sumpf des kommunistischen Stumpfsinns waten. Das ist das Elend unserer heutigen Arbeiterbewegung. Die Befreiung von diesem Stumpfsinn — und er ist nicht bloß bei den Kommunisten, die Auswirkungen gehen weiter —, die Wiederherstellung von Ordnung und Disziplin in der Gewerkschaftsbewegung ist auch eins von den Problemen, die noch zu lösen sind, und eins von den dringendsten. In der Gewerkschaftsbewegung brauchen wir mehr noch als in der politischen Partei für unsere Arbeit die Sachlichkeit an Stelle der Phrasologie.

Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Unser Lohnkampf. Streik in Mainz; in Buchenau (Eisenfelder Steinwerke); in Nürnberg (Marmorarbeiter); in Zeitz (Strassenbaugewerbe); im Bezirk Rassel (Strassenbau); in Osterholz (Steinmehlen u. Brecher). In Halle (Steinseher u. Steinmehlen).

Erledigte Kämpfe: Streik in Lübeck (Steinmehlen), Stundenlohnkampf 8 Wg. die Stunde.

Geisert. Im Reg.-Bezirk Merseburg sämtliche Steinseherbetriebe wegen Lohnunterschieden. In Friedberg (Hessen) Platz der Firma Damm.

Zugung fernhalten. Von Raunmünzsch im Murgtal (Schwarzwalde). Es kommen hier die Betriebe der nachstehenden Firmen in Frage: Meier, Geiser und Trentini. Von Herdecke und Umgebung.

Beendete Lohnbewegung in der schlesischen Granitstein-Industrie. Im Juni d. J. wurde wieder erstmalig ein Tarifvertrag für die schlesische Granitstein-Industrie auf längere Dauer abgeschlossen. Die Geltungsdauer des Tarifvertrages endigte mit dem 30. September. Der Tarif befriedigte große Teile der Kollegen nicht, so daß auf Drängen der Arbeiter die Kündigung durch den Zentralverband der Steinarbeiter eingereicht werden mußte. Gefordert wurden 15 Prozent Lohnsteigerung auf alle Tarifpositionen. Die Unternehmer lehnten Verhandlungen ab, boten der Arbeiter eine Lohnabnahme von 15 Prozent an. Dazu noch einige Änderungen des Tarifs zuungunsten der Arbeiter. Grund der Ablehnung von freien Verhandlungen durch die Unternehmer mußte sich das berufliche Tarifamt für die schlesische Steinindustrie mit der Bewegung befassen. Als unparteiischer Vorsitzender leitete die Verhandlungen Oberregierungs- und Gewerberat Kramer-Breslau. Die Verhandlungen selbst gestalteten sich äußerst schwierig, da von beiden Seiten ein Nachgeben nicht zu erwarten war. Trotz alledem wurden die Verhandlungen mit der größten Ruhe und Sachlichkeit geführt. Das Tarifamt konnte nicht umhin, anzuerkennen, daß seit dem Abschluß im Juni d. J. eine Verschlechterung der Lebenslage eingetreten sei durch das Anziehen der Preise für Lebensmittel usw., wie sie selbst durch die Reichsindexziffer festgestellt ist. Ein Ausgleich müsse zum mindesten für die am schlechtesten bezahlten Arbeiter gefunden werden. Für diesen Ausgleich könne nur die Reichsindexziffer als Richtschnur gelten. Nach siebenstündigen Verhandlungen kam das Tarifamt zu nachstehendem Spruch:

1. Die Geltungsdauer des Tarifvertrages vom 18. bzw. 20. Juni 1924 wird bis zum 31. Dezember 1924 verlängert mit der Maßgabe, daß er erstmalig am 30. November 1924 gekündigt werden kann. Gegebenenfalls läuft er jeweils um einen Monat weiter.

2. Arbeitnehmer, die regelmäßig oder mindestens eine Woche ununterbrochen auf Veranlassung der Betriebsleitung im Zeitlohn beschäftigt werden, erhalten eine Zulage von 5 Prozent zu den tariflichen Sätzen. Ausgenommen davon sind die Schmiede und Schlosser.

3. In Ziffer 27 des Granitwerktarifs und § 13 Abs. 3 des Brechertarifs wird die Zahl 1,13 ersetzt durch die Zahl 1,17 hinsichtlich der gemäß Ziffer 2 dieses Abkommens im Zeitlohn entlohnenden Arbeiter.

4. Es wird den Parteien empfohlen, in eine Nachprüfung der Werktarifs bezüglich der Zugenpreise, der Position C (Stufen) und Position VII, Ziffer 6 (Füllungsugen) einzutreten. Mit dieser Entscheidung des Tarifamtes beschäftigten sich im großen Striegau-Häslichter Bezirk drei Verhandlungen. Die Kollegen Krüger, Weise, Müller und Senft berichteten. Allgemein wurde von der Arbeiterseite zum Ausdruck gebracht, daß dieser Tarifanspruch den gegenwärtigen Verhältnissen der Steinarbeiter nicht gerecht wird. Das Gebotene sei zu minimal, besonders da es nicht einmal die gesamten Arbeiter betrifft. Wenn trotzdem Annahme erfolge, so nur deswegen, um den Arbeitgebern die Gelegenheit zu geben, ihre Beschwerden, die sie auch jetzt wieder in bezug auf Arbeitszeit und Aufrechterhaltung der Betriebe gemacht haben, in die Tat umzusetzen. Die Arbeiterseite wird auf genaueste Einhaltung des Tarifvertrages achten und Außenleitern das notwendige Bewußtsein beibringen. Besonders das Verhalten einiger Poliere trage zu Minderverdiensten bei.

In allen Verhandlungen kam das Verhalten der Kommunisten und der schlesischen Arbeiterzeitung zur Sprache. Die gegen den Gauleiter, Kollegen Senft-Wiegand, von den Kommunisten und der schlesischen Arbeiterzeitung erhobenen Beschuldigungen sind bereits früher an dieser Stelle widerlegt worden, so daß es sich erübrigt, jetzt noch einmal näher darauf einzugehen. Bemerkenswert ist nur, daß man in den der Striegauer Verhandlung vorangegangenen Sitzungen mit Fälschungen durch uns orakelte und jetzt in der Häslichter Verhandlung von den Häslichter Kommunisten die ganze Sache als Spitzelarbeit hingestellt. Wir glauben es gern, daß die ganze, gegen den Gauleiter geleistete Mitharbeit nichts weiter als Spitzelarbeit gewesen sein mag. Die Spitzel müssen aber dann unter den Kommunisten sitzen! Wieder ein Beweis für die Parole von Mostau, was unbequem wird, einfach als Spitzelarbeit hinzustellen. Für die Kollegschaft aber eine Warnung, den Kommunisten gegenüber vorsichtig zu sein.

In der Striegauer Verhandlung wurde den Kommunisten ganz deutlich zu verstehen gegeben, daß ihre Versuche, Mißtrauen zwischen der Kollegschaft und dem Gauleiter zu säen, ein fruchtloses Beginnen ist. Aus der Verhandlung heraus wurde nachstehende Resolution eingebracht:

Die heute, den 1. Oktober 1924, abgehaltene Mitgliederversammlung des Steinarbeiterverbandes Striegau mißbilligt und verabschiedet das verabschiedende Treiben jener, der KPD, angehörenden Kollegen, welche in der schlesischen Arbeiterzeitung die unwahren, verleumderischen Artikel gegen den Gauleiter, Kollegen Senft, geschrieben haben.

Die Versammlung dankt dem Kollegen Senft für seine vorbildliche, aufopferungsvolle Tätigkeit im Dienste unserer Organisation und spricht ihm für die Zukunft ihr volles Vertrauen aus.

Trotzdem der Vorsitzende der KPD, Reimann, mit großer Ungeduld und viel Gepolter bei seinen Spaziergängen durch den Saal sich gegen die Resolution wandte, erfolgte Annahme gegen 11 Stimmen der Kommunisten. Der kommunistische Spitzel war so wenig überzeugend, daß selbst Kommunisten die Mostauer Parole durchbrachen und für die Resolution stimmten. Ja, ja, ein Reimann oder ein Senft ist eben doch ein gewaltiger Unterschied. Hier gäbe Arbeit im Dienste der Arbeiterseite und dort viel Worte und nichts dahinter. Diese Abstimmung hat bewiesen, daß in unseren Versammlungen die Zeiten für kommunistischen Krach vorbei sind und die Arbeiterseite trotz aller Verdrängungen ihrer führenden Persönlichkeiten den kommunistischen Spitzel erkennt hat. Wir freuen uns dessen im Interesse der Gesamtmitgliedschaft!

9. Gau, Frankfurt a. M. Am 14. 9. fand in Friedberg (Oberhessen) eine Konferenz für den südlichen Teil des Gaus statt. Von 39 geladenen Zahlstellen waren leider nur 24 vertreten; hauptsächlich die Oberhessen fehlten, wohl infolge einer politischen Konferenz am selben Tage. — Koll. Kehl-Frankfurt a. M. wurde 1. Koll. Lebendroth-Obermörlin 2. Vorsitzender und Koll. Sarholz-Wiesbaden Schriftführer der Konferenz. Bezirksleiter Gust. Herrmann-Marienberg gab den Bericht von der Beiratskonferenz, deren Beschlüsse usw. in Nr. 36 unseres Fachblattes bekanntgegeben sind. Der auf der Beiratskonferenz gepflogenen Aussprache entnahm er die markantesten Momente und gab dadurch ein recht anschauliches Bild für die Delegierten. Zum Schluß stellte er fest, daß entgegen der Vorlage des Zentralvorstands betr. Unterstützungswesen, eine erhebliche Verbesserung bezüglich der Höhe der Streikunterstützung erzielt wurde. Es liege nun an den Kollegen selbst, in den einzelnen Zahlstellen die evtl. zu erlangende Unterstützung durch entsprechende Wochenbeiträge auf die gewünschte Höhe zu bringen und dadurch den „Kampfscharakter“ des Verbandes zu fördern. Anschließend gab der Gauleiter seinen Vortrag: Wie stärken wir unseren Verband? Kollege Menges-Frankfurt a. M. zog hierin Parallelen zwischen dem Rückgang der Mitgliederzahl und der überproportionalen Arbeitslosigkeit zum Jahresbeginn. Auf der Natursteinindustrie in Heidelberg wurde beispielsweise festgestellt, daß 90 Prozent aller in der Natursteinindustrie Beschäftigten arbeitslos waren. Der Ruhrkampf zeigte letzten Endes das Bestreben der Arbeitgeber, die Gewerkschaften zu vernichten. Gelungen sei dieses nicht, und der Wiederaufstieg mache sich auch in dem vermehrten Kampfesgeist bemerkbar. Die „Organisationsfähigkeit“ des Bausewerkes und des abgehalften, von diesem wieder eingestellten Gauleiters Bieschke fand entsprechende Würdigung, — auch schon vorher durch Bezirksleiter Koll. Herrmann —, weil sich dessen Treiben zum Schaden unter Pfisterer-Kollegen im 9. Gau vorwiegend bemerkbar macht. Die Pfisterer werden wohl nicht mehr allzulange hier dem „Bausewerkesbunde“ angehören. Die von diesem abgeschlossenen Steinseherlohnverträge stehen gegen die untern Gebur. Im weiteren erfährt das Verhalten oberhessischer Arbeitergeber der Pfisterer- und Schottersteinindustrie bei Lohnverhandlungen die nötige Beachtung. Die betr. Herren zahlten nachher über Tariflohn, um zu beweisen, daß Verbandszugehörigkeit überflüssig sei, weil der Verband ja viel zu niedrige Löhne mit ihnen festsetze. Wehe denjenigen, die sich dadurch einschläfern ließen. Das Erwachen ist teilweise schon erfolgt und jetzt soll der so viel geschmähte und verächtlichste Zentralverband der Steinarbeiter wieder helfen. Wehlich ist es mit der Arbeitszeit. Gewöhnlich, nachdem die Belegschaft für sich deren Verlängerung zugestimmt hat, hat der Verband „verjagt“. Es ist jetzt so weit gekommen, daß der Lohn für Oberhessen um 10 Prozent abgebaut werden soll. Der diesbezügliche interessante Briefwechsel zwischen Gauleitung und Syndikus der Unternehmer gab allerlei Aufschluß. Der Abbau wird nicht gelingen und der Aufbau nicht ausbleiben. Aus alledem müßten die Kollegen lernen und selbständiger denken und handeln, es sei der beste Stoff zur Agitation von Mund zu Mund. Oft seien einzelne energische zielbewusste Kollegen, die eine ganze Belegschaft mit sich fortgerissen. So müsse es sein. Kampf überall, und nie erlassen. Die Aussprache über beide Referate: Koll. Loß-Baldwinstein: Der Zweck des Jahrganges hat durch die seitherige Zustellung verjagt, weil jede Verbindung mit den Funktionären und der Zentrale unterbrochen war. Die Finanzlage dürfte kein Hindernis für das frühere Obligatorium sein. Die Großmousspolitik habe den Gewerkschaften mehr als alles andre geschadet. Die Affordolnabmachung im Pfisterer- und Schottersteintarif kritisiert er abfällig. Dem Koll. Dreer ist der Beirat veraltet und unsympathisch. Er wünscht jedes Jahr einen Verbandstag. Der „Steinarbeiter“ als Bildungsorgan werde durch der jetzt beschlossenen Bezug den Kollegen vorzuziehen. Auch er beipricht, wie Koll. Loß, die betr. Lohnparagrafen abfällig, ebenso die Ueberarbeitszeit. Bezirksleiter Herrmann erklärt zur Nichtigstellung die betr. § 4 und 12 des Schotter- und Pfisterertarifs und stellt fest, daß alles Bemühen umsonst ist, wenn die Belegschaft nicht will. Es wurden bis über 50 Prozent über den Affordoln verdient. Koll. Both-Kosdorf: Der „Steinarbeiter“ müsse wieder wie früher geliefert werden. Er beipricht den Schiedspruch des H. T. W. Frankfurt a. M. der ihnen 32 Wg. Stundenlohn gebracht habe. Höhe der Unterstützung nach Dauer der Verbandszugehörigkeit könne er nicht billigen. Er verlange gleiches Recht für alle, weil alle nach der Inflation das Verbandsvermögen wieder stärken müßten. Koll. Korn-Mainz beipricht die Verhältnisse auf dem flachen Lande und tritt lebhaft dafür ein, daß endlich die Beiträge nach dem Stundenlohn gezahlt werden. Er ist dafür, daß Streikunterstützungshöhe sich nach Mitgliedsdauer richtet und nicht Vergleiche zwischen jetzt und vor dem Krieg. Koll. Schreiner-Oberhessen stellt fest, daß die Hauptklasse in einem Quartal bis zu 21 Wg. von seiner Zahlstelle geschädigt sei, weil eine erhebliche Anzahl dortiger Kollegen bei einem Verdienst von 45 bis über 50 Wg. die Stunde nur 30-35 Wg. Marke kriege. Koll. Kehl-Frankfurt a. M. ist über die Beiratssetzung nicht erfreut, für einen Verbandstag hätten Kosten keine Rolle spielen dürfen. Er stellte den Tageslohn von 15 Wg. Streikunterstützung dem Ueberlohn von 9000 Wg. aus dem Abonnement des „Steinarbeiter“ entgegen. Bei einer so hohen außerordentlichen Einkünfte hätte man schon etwas mehr leisten können. Den R. A. B. für Werkstein, Grabmal und Marmor unterzog er einer Kritik mit dem Hinweis auf 80 Prozent Garantie des Stundenlohns bei Affordolnbeit. Seine weiteren Ausführungen behandelten die Organisationsverhältnisse im Gau und bemängeln, daß unsere Funktionäre mit viel zu viel Arbeiten überhäuft sind, die eigentlich in den Zahlstellen geleistet werden könnten. Hierzu müßten die Kollegen anders wie seither erjogen werden. Koll. Both betont nochmals gleiches Recht für alle in der Höhe der Unterstützung. Koll. Lebendroth stellt fest, daß alles ganz gut gehe, wie beschloffen, wenn es in den Zahlstellen nur richtig angefangen würde. Es müssen eben Lokalzuschläge erhoben werden. Dieser betrage in seiner Zahlstelle 10 Pfennig pro Woche; dafür erhalten die Kollegen die Zeit und bei Krankheit noch 2 Mark die Woche. Koll. Haas-Eberstadt: Die Gaukonferenz mußte vor der Beiratssetzung stattfinden, um unsere Wünsche zu dieser vorbringen zu können. Zu dem „Steinarbeiter“-Bezug wie seither hätten sich die ländlichen Kollegen sehr kleinlich benommen. Koll. Sarholz stellt fest, daß von den Bestimmungen über Leben der Kampffondsmarken noch kein Wort gefallen sei. Gerade hierbei hätte die Mehrzahl der Kollegen bezeugen können, daß sie „Kampffondsorganisierte“ sein wollen. In dem Rundschreiben des Zentralvorstands hätte bezüglich des Bezuges des „Steinarbeiter“ wegen Berechnung des Abonnementgeldes mit der Zentralkasse das Wörtchen „kann“ nicht unterstrichen werden sollen, dies Wort hätte überhaupt weggelassen müssen. Es „kann“ nicht ein Kollege verrechnen und der andere bezahlt indirekt Extrasteuern. Der Postbezug sei das einzig richtige, müße aber für alle außer Bestelld

kostenlos sein, auf der andern Seite aber auch der Stundenlohn Wochenbeitrag werden. Die Klassifizierung nach Dauer der Mitgliedschaft sei schon gerecht und wird begründet.

Koll. Herrmann gibt dann über die Kampffondsmarken näheren Aufschluß; in seinem Bericht hatte er es übersehen. Der Ertrag sei bis 1. Juli nur 21 000 Wg. gewesen, ein sehr minimaler Betrag. Er hoffe aber, daß sich kein Kollege davon drücken könne, seine entsprechende Zahl zu fleben. Auch Koll. Kehl spricht hierüber und schildert entsprechende Maßnahmen in Frankfurt a. M. Interessant waren die Ausführungen des Koll. Hohmann-Stein, wie in der dortigen Zahlstelle die tarifliche Arbeitszeitbestimmung gehandhabt wird und die Autorität des Gauleiters hierzu. Sollen die Kollegen in dem dortigen Betrieb 9 Stunden arbeiten, so wird die Firma an die Gauleitung verwiesen. Ohne deren Zustimmung arbeiten die Kollegen nicht länger! Im Weiteren meint er, die Fortschritte auf dem Land seien bessere wie die der Städte. Am Ort wären angenehme Organisationsverhältnisse, die sich fortwährend besserten. Betriebsräte einzurichten sei Sache des Gauleiters. Auch erhebt er Protest gegen die Klasseneinteilung nach Verbandszugehörigkeit bei Streikunterstützung und zieht Vergleiche zwischen Alt- und Jungorganisierten. Richtiger Kommunismus und Gewerkschaft vertragen sich sehr gut zusammen.

In seinem Schlußwort betonte Koll. Herrmann, daß außer über die Bezugsart des „Steinarbeiter“ keine ernstliche Kritik geübt wurde. Man solle aber bedenken, daß durch die jetzige Art eine einwandfreie Verbreitung geschaffen sei. Der nächste Verbandstag würde schon, wenn notwendig, Änderung schaffen. Bezüglich der Unterstützung sei eine Klasseneinteilung geboten, um der Fluktuation vorzubeugen. Im Weiteren sei es gar nicht möglich gewesen, mit den Unternehmern in Verhandlung zu kommen, weil deren Organisation veraltet sei. Er habe daraufhin sämtliche Kollegen beauftragt, betriebsweise Forderungen zu stellen, aber nur 25 Prozent hätten seine Anregung befolgt. Viele arbeiteten überhaupt unter Tarif. Dann würden auch seitens der Kollegen die prozentualen Zuschläge zum Friedenslohn nicht beachtet, immer nur auf die hohen Löhne der Kollegen in den Städten hingewiesen, deren Prozentsatz im Verhältnis aber niedriger sei. Bezüglich der Beitragsleistung stellte er fest, daß, wenn eine Lohnerhöhung stattgefunden, diese immer als zu gering bezeichnet würde, solle aber dann der Beitrag entsprechend erhöht werden, so sei derselbe Betrag, der vorher wegwerfend als zu klein befunden wurde, unerträglich hoch. Er nagelte im ganzen auch fest, daß die Anläufe gegen den Schotter- und Pfisterertarif, wie sie hier geführt wurden, nicht berechtigt seien hinsichtlich der Affordoln. Würde man den Kritikern darin folgen, so kämen wir nicht dazu, die Affordoln abzubauen, das Gegenteil würde eintreten, die Affordoln würde direkt mit allen ihren Auswüchsen überhandnehmen. Gerade in diesem Gebiet, dem Westerwald, wo das Sekkierwesen (Mudertum) vorherrschend sei, müsse das dortige eigenartige Wesen der Kollegen entsprechend behandelt werden.

Gauleiter Koll. Menges erging sich in seinem Schlußwort auf allgemeine Betrachtungen politischer Art. Posttarif und plattes Land. Tarife müßten hochgehalten werden und Betriebsräte nicht, wie es vielfach geschieht, in den ihnen zustehenden Fragen verlagen. Er erinnerte auch daran, daß alle Fragebogen von größter Wichtigkeit seien, deren Erledigung nur geringe Mühe mache. Dem Volksbegehren, eingeleitet vom ADGB, über den Achtstundentag widmete er noch einige Worte und ersuchte dann die anwesenden Vertreter, jeder sein Teil dazu beizutragen, in den einzelnen Zahlstellen die Kollegen in dem Sinne zu erziehen, wie wir sie uns als überzeugte, disziplinierte Gewerkschafter wünschen, so daß bei der nächsten Gaukonferenz im Frühjahr nur Erreuliches über unsern Gau zu berichten sei. Vorsitzender Koll. Kehl ließ über die Resolution der Beiratskonferenz abstimmen. Sie wurde einstimmig angenommen. Mit einigen eindrucksvollen Worten schloß er die sehr fruchtbar verlaufene Konferenz.

Herrn Sarholz, Wiesbaden.

Steinarbeiter.

Raunmünzsch. Versammlung vom 12. September 1924. Im ersten Punkt der Tagesordnung beipricht der Vorsitzende das Rundschreiben Nr. 11 und den Volksentscheid über den Achtstundentag. Die Kollegen stimmten dem zu. Im zweiten Punkt wurde die Brückenarbeit im Betrieb Kiederle kritisiert. Die Unternehmer machten uns das „schöne“ Angebot, gepipte Arbeit für 4,71 Wg. pro Quadratmeter anzufertigen, welches von der Versammlung abgelehnt wurde. Die Forderung lautete von den Arbeitnehmern auf 8 Wg. pro Quadratmeter. Auch ist das Benehmen von dem Regierungsbaumeister und dessen Stellvertreter von der Eisenbahndirektion Freiburg i. B. zu tadeln, da er schon verschiedene Male auf Lohnverhandlungen erklärte: Wenn von den Arbeitnehmern höhere Lohnforderungen gestellt werden, lassen wir die Brücke aus Beton machen. Würde der Genannte den horrenden Lohn von 1500 bis 1700 Wg. jährlich bekommen, würde er auch sicher eine andre Meinung besitzen. Auch das Verhalten des Herrn Kiederle und seines Teilhabers Schütz, die früher selbst Arbeiter waren und jetzt ein brutales Benehmen gegen die Arbeitnehmer beobachten, wurde einer Kritik unterzogen. Wird die Betriebsvertretung vorstellig, dann heißt es von genannter Seite: Wer die Arbeit nicht machen will, kann sich anderwärts Arbeit suchen! Die beiden Herren werden später froh sein, wenn sie in ihre „Murgs-tal-Bezirke“ wieder qualifizierte Arbeiter bekommen; denn auch in den Murgtal-Steinbrüchen werden Mauersteine zu Werksteinen bearbeitet. Auch die beiden Firmen Meier, Geiser u. Trentine wurden stark kritisiert, hauptsächlich die Unternehmer Geiser und Trentine von der Schwarzachbachtal-Sperre. Herr Trentine ist die maßgebende Persönlichkeit. Hat selbst noch vor wenigen Jahren den Handschlegel geschwungen und heute weiß er auch nicht, wie er mit Arbeitern umzugehen hat. Der Unterakfordant Geiser bei der Firma Meier, der zugleich Teilhaber von dem Steinbruchbetrieb Schwarzachbachtal-Sperre ist, wurde schon vor zwei und einhalb Jahren als „König von Raunmünzsch“ in Steinarbeiterkreisen glorifiziert. Würde Herr Geiser im entsprechenden Zustande den Arbeitern entgegenkommen, wären manche Mißstände leicht zu beseitigen. Herr Geiser war früher derjenige, der selbst den Arbeitern Anleitung gab zu einer Lohnforderung, denn das war sein sicheres Einkommen als Unterakfordant und hat sich oft gegenüber den Arbeitern geäußert: „Wenn ihr mehr bekommt, dann bekomme ich auch mehr!“ Es wurde noch verschiedenes kritisiert, dann wurde einstimmig beschlossen, die Betriebe Kiederle, Meier und Geiser u. Trentine solange zu sperren, bis die Mißstände beseitigt sind. Den wandernden Kollegen wird geraten, das Murgtal zu meiden. Es verdient wirklich den Spitznamen: Murgstäl.

Röhan-Dippach. Versammlung am 10. und 14. September. Tagesordnung: 1. Bericht von der Beiratssetzung. 2. Bericht von der Lohnverhandlung in Frankfurt am Main. 3. Gewerkschaftliches. Kollege Schwarz berichtet unter vielfachem Hinweis auf den bereits im „Steinarbeiter“ erschienenen Bericht. Er verweist auf die angenommenen Entlohnungen, streift die hauptsächlichsten Punkte, wie Krankenunterstützung, Steinarbeiterbezug, Erwerbslosenmarkt sowie Agitation des Bausewerkesbundes in unsern Reihen, geht auf die Auseinandersetzung mit Gauleiter Schmidt ein, widmet auch den Kasserverhältnissen einige Worte und fordert zur Aussprache auf. In dieser wurden die angeordneten „Ankette“ lebhaft besprochen. In erster Linie wurde kritisiert, daß anstatt die Streikunterstützung wesentlich zu erhöhen, die Krankenunterstützung wieder eingeführt wird, denn diese Einführung ohne Erwerbslosenunterstützung sei widersinnig, denn erfahrungsgemäß meldet sich bei eintretender Erwerbslosigkeit ein großer Teil der Kollegen krank. Der praktische Erfolg ist der, daß die Kasse genau so in Anspruch genommen wird, als wenn Erwerbslosigkeit unterstellt würde. Zum Steinarbeiterbezug bedauert die Versammlung mehrfach, daß man sich nicht wieder zum früheren Zustellungsart aufschwimmen konnte.

Obwohl die Gründe hzw. Sparmaßnahmen durchaus gewürdigt wurden, wurde doch bezweifelt, ob die Einführung der Krankenunterstützung nicht ebenfalls neue Verwaltungskosten verursachen würde. Agitatorisch wirkt es jedenfalls nicht, wenn man einem nicht gerade satte Kollegen erklären muß, die Zeitung kostet einige Pfennige extra. Die geringe Ausgabe kommt dabei gar nicht in Betracht, denn wir haben auch sehr kleine Kollegen. Bezüglich der Entlohnung wegen der Agitation der Baugewerkschaft stellt sich die Versammlung auf den Standpunkt, daß sie Quertreibereien, wie des ehemaligen Angestellten Witkowsky, ebenfalls mißbilligt und verurteilt. Bezüglich der Handhabung der Kampffondsarbeiten pflichtet man bei. Die Ansicht der Versammlung gipfelte in nachstehender Entschließung: „Die Versammlung bedauert und verurteilt die Beschlüsse der Beiratsitzung hzw. des Steinarbeiterbezugs und der Neuregelung des Unterstützungswesens ganz entschieden; sie kann die hierfür angeführten Gründe als nicht so zwingend ansehen, welche eine andere Regelung nicht zuließen. Gleichwohl erklärt sie, sich den gegebenen Tatsachen, wenn auch gezwungen, zu fügen, hofft aber bestimmt, daß der Verbandstag eine bessere und zweckmäßigere Regelung vornimmt. Dieser Entschließung wurde widerspruchslos zugestimmt. Zum 2. Punkt referierte Kollege Schwarz über die Nichtannahme des in Leipzig gefällten Schiedspruchs durch die Arbeitgeber, gibt im Zusammenhang hiermit das Zustandekommen der Verhandlungen in Frankfurt bekannt, schildert die wiederum außerordentliche Schwierigkeit der Verhandlungen. Die Unternehmer stimmten wieder das alte Lied an, bei höherer Entlohnung Betriebsstilllegung, Konkurrenz des Fichtelgebirges, Zollschranken, Kreditnot, Geldknappheit, die Kollegen hätten ausreichenden Verdienst usw. Das Resultat sei nun, daß die 10 Proz. vom bestehenden Lohn auf zwei Monate verteuert seien; für die Zeitlohnarbeiter der Laufzeit muß erst noch Zustimmung der übrigen Unternehmer erfolgen. In der sich hieran anschließenden Debatte wurde die Unzulänglichkeit der Entlohnung gebührend beleuchtet. Jedenfalls festigt sich die Überzeugung, daß durch Verhandlungen eine bessere Entlohnung nicht mehr erreicht wird und jeder Kollege möge sich einstellen und damit rechnen, daß bei gegebener Zeit eine andere Seite aufgezeigt werden muß, um unsere Entlohnung vorwärts zu bringen. Nachdem man sich notgedrungen mit dem Resultate einverstanden erklärt hatte, kam man zum „Gewerkschaftlichen“. In diesem Punkte wurden erst einige örtliche Vorkommisse besprochen. Lebhaft Klage geführt wurde von den Kollegen aus den Brücken über die Gewerbeaufsichtsbeamten, die wohl sehen, wenn ein Kollege mal keine Schutzbrille trägt, den manövrierenden Schutzvorrichtungen zur Unfallverhütung wird aber wenig oder ungenügend Beachtung geschenkt. Des Weiteren wurde die Taktik und Absicht der Unternehmer, den Verband zu zersplittern und zu sprengen, lebhaft besprochen; freilich wurde auch erwähnt, daß uns die Zentrale durch ihre Maßnahmen unsern Stand gegenüber lauen und gleichgültigen Kollegen durchaus nicht erleichtere. Zum Schluß erwähnte Kollege Schwarz trotz alledem zur Einigkeit und Verbandstreue, und damit erreichte die Versammlung ihr Ende.

Dortmund. In Dortmund hatten sich die Bau- und Grabsteinmehnen im April durch einen Streik den Stundenlohn auf 80 bzw. 75 Pfg. erhöht. Trotzdem der Lohn in den Nachbarorten bis auf 1.10 M. gestiegen war, war es in Dortmund nicht möglich, zu Lohnverhandlungen zu gelangen. Das Geipenst der Arbeitslosigkeit ging um. Am 26. 9. wurde endlich beschlossen, eine Verhandlung auf Lohnhöhung zu beantragen. Gefordert wurden für Bausteinmehnen 1 M., für Grabsteinmehnen 95 Pfg. Am 2. 10. fanden Verhandlungen statt und brachten ab 1. 10. eine Lohnhöhung von 10 Pfg., eine weitere von 2 Pfg. ab 16. 10. Hinten auch die Kollegen immer noch mit ihrem Lohn den Kollegen in den Nachbarorten nach, so ist der erste Schritt zur Annäherung getan, und liegt es an allen einsichtsvollen Kollegen, den Weg zur weiteren Lohn-erhöhung zu ebnen. Dieses kann aber nur dadurch geschehen, daß es sich die Kollegen zur Aufgabe machen, nicht eher nachzulassen, bis der letzte Kollege dem Verbands wieder zugeführt ist. Hierbei muß jeder Kollege mitgehen, der an der Ernte mit teilnehmen will.

Kostol. Am 15. September tagte in der Philharmonie eine außerordentliche Mitgliederversammlung, die sich mit dem letzten Lohnabkommen befaßte. Sämtliche Kollegen waren empört über die minimale Erhöhung der Akkord- und Lohnsätze, besonders die Maschinenfleißer, die schon beim letzten Lohnabkommen um 10 Prozent zurückgeblieben sind, wurden auch dieses Mal um 1 Prozent zurückgeführt. Diese Zulage wirkt direkt verhöhrend auf die Kollegen, wo doch schon am 27. April 1924 Verhandlungen stattgefunden haben, die immer an der Hartnäckigkeit der Herren vom R. D. G. scheiterten. Aber alle Kollegen waren sich hierüber einig, daß, wenn eine bessere Konjunktur eintritt, den Unternehmern geschlossen entgegengetreten werden soll und nicht wieder so langmütig zu sein und zu warten, was uns die Herren vom R. D. G. präsentieren. Die Granitindustriellen nützen heute die Notlage ihrer Arbeiter voll und ganz aus. Es muß den Industriellen mit gleicher Münze heimgezahlt werden. Die Kollegen müssen sich bemühen, in andere Betriebe unterzukommen und so den Unternehmern die Arbeitskräfte zu entziehen, die ihnen ja doch nichts gelten. Weiter wurden die in der Beiratsitzung gepflogenen Punkte besprochen, unter anderen das Unterstützungswesen. Die meisten Kollegen sprachen sich dahin aus, daß wir die Streik-, Arbeitslosen- und Reiseunterstützung gebrauchen, aber die Kranken- und Sterbeunterstützung fallen lassen könnten, denn sie wollen keine Unterstützungskasse, sondern eine Kampforganisation haben, für die aber auch jeder Kollege voll und ganz eintreten müsse und kein Opfer scheuen dürfe, um den immer frecher werdenden Unternehmern zur gegebenen Stunde entgegenzutreten zu können. Nachdem einige örtliche Angelegenheiten erledigt waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Rundschau.

Aus der Steinindustrie. Das Tagungsergebnis des Reichsverbandes der deutschen Steinindustrie vom 31. August bis 3. September in Heidelberg spiegelt sich in der nachstehenden, an verschiedene Adressen gerichteten Resolution wider: „Die Lage der Natursteinindustrie, die in Zeiten der Geldentwertung nicht wie andere Industrien eine Belebung ihres Geschäfts erfahren hat, hat sich in den Monaten der Stabilisierung der deutschen Währung in geradezu katastrophaler Weise verschlechtert. In den Wintermonaten bis weit ins Frühjahr hinein bestand eine Arbeitslosigkeit, die bis zu 90 Prozent der Belegschaft ausmachte. Im Frühjahr hatte zwar eine geringe Belebung der Geschäftstätigkeit eingesetzt, doch bereits jetzt geht der Absatz in den meisten Zweigen der Natursteinindustrie, besonders in der Werksteinindustrie und im Steinmehngewerbe, in erschreckendem Maße zurück, so daß diese mit starken Besürchtigungen dem kommenden Winter entgegensehen.“

In dieser Notlage wird Abhilfe nur dann geschaffen werden können, wenn alle Verbrauchereife, die nur irgendwie dazu in der Lage sind, mit Aufträgen hervortreten. Dies gilt namentlich von allen staatlichen und kommunalen Stellen, die Wasser-, Hoch-, Bahn- und Wegebauten zu vergeben haben. Dies um so mehr, als gerade hier bisher eine derartige Zurückhaltung in der Vergabe von Aufträgen geübt wurde, daß diese Bauten in starken Zerfall geraten sind, dem nunmehr mit allen Mitteln gesteuert werden muß, nachdem Gemeinde, Staat, Reich und Reichsbahn zum Wiederaufbau ihres Haushaltes gekommen sind. Die hierfür flüssig zu machenden Beträge werden besser angewendet sein, als wenn sie in der Gewährung von Erwerbslosenunterstützungen verlorengehen. Unter allen Umständen muß vermieden werden, daß, wie das im letzten Winter geschehen ist, monatelang jeder Anlauf von Begebbaumaterialien vollkommen eingestellt wird, da sonst die in diesem Zweige der Natursteinindustrie beschäftigten Arbeiter monatelang sämtlich arbeitslos würden. Auch im Interesse der privaten Verbraucher

liegt es, bei der Deckung ihres Bedarfs nur Erzeugnisse der Natursteinindustrie zu verwenden, da dieselben haltbarer, wertvoller und preiswerter sind als Ersatzprodukte.

Mit Rücksicht auf die hohe volkswirtschaftliche Bedeutung der Natursteinindustrie, die die inländischen Bodenschätze ohne Zuhilfenahme von Devisen zu wertvollen Erzeugnissen verarbeitet, muß zuversichtlich erwartet werden, daß die Behörden des Reiches und der Länder und der Kommunen ihr Neuzerstes tun, um die Aufträge beschleunigt herauszubringen, so daß eine angemessene Beschäftigung der Natursteinindustrie auch in den Wintermonaten gewährleistet ist.“

Aus der berichtenden Fachpresse ist besonders Bemerkenswertes von der Tagung nicht zu ersehen. Der Geschäftsführer des Reichsverbandes der deutschen Steinindustrie, Herr Dr. Andres, behandelte in einem wirtschaftspolitischen Vortrage das Dames-Gutachten, die Frage der Sachlieferungen und der Industriobligationen. Dem Londoner Pakt stimmte der Reichsverband zu, wie er durch seine Wortführer schon vorher für das Sachverständigen Gutachten als den einzig gangbaren Weg der Verständigung seine Stimme erhoben hat. In dem genannten Vortrage des Herrn Dr. Andres ist trotzdem viel der Einseitigkeit und Andererseits-Standpunkt enthalten. Wir wollen aber doch unseren Verbandsmitgliedern die Art zeigen, wie der Vortragende die Arbeitszeitfrage und die Arbeitszeitverordnung ansieht.

Dem Reichsverband der Arbeitgeber in der deutschen Steinindustrie gefällt es durchaus nicht, daß vom Reichsarbeitsministerium auf Grund § 7 der Arbeitszeitverordnung versucht wird, die gesundheitgefährdenden Berufe vor einer längeren Arbeitszeit wie 8 Stunden täglich zu schützen. Herr Dr. Andres nennt das: „... unserer Industrie Fesseln aufzulegen.“ Und zu dem Entwurf des RVM zu § 7 der Arbeitszeitverordnung, soweit Steinarbeiter einbezogen sind und die obersten Landesbehörden ermächtigt werden sollen zu bestimmen, welche weiteren Gewerbegruppen unter den Schutz des § 7 fallen, sagt der Vortragende Geschäftsführer: „Es ist offensichtlich, daß eine derartige Bestimmung die größte Beunruhigung in die Industrie bringen muß und daß sie deshalb für die Industrie schlechthin unannehmbar ist.“ In der Nr. 36 des „Steinarbeiter“ haben wir unter „Rundschau“ die unzulängliche und beschränkt teilweise falsche Formulierung des RVM. bereits entsprechend glosiert. Die Unruhe der Arbeitgeber, von welcher Herr Dr. Andres spricht, ist wohl mehr gekünstelt als echt. Die Arbeitgeber der Steinindustrie geraten überhaupt immer gleich in Unruhe, wenn sie glauben, daß irgendwo ein Zিপfelchen Vorteil für die Steinarbeiter hervorsteht. Der Geschäftsführer des Reichsverbandes belehrt dann das RVM. folgendermaßen: „Man wird überhaupt keinen Grund irgenwelcher Art anführen können, warum es nötig sein soll, derartige Ausführensbestimmungen zu der Arbeitszeitverordnung zu erlassen. Soweit wirklich eine Gesundheitsgefährdung in unserer Industrie besteht, sind bereits im Frieden gesetzliche Maßnahmen durch die Bundesratsverordnung vom 31. 5. 1909 getroffen worden, die für Arbeiter in Steinbrüchen den Zehn- und Tag und für Sandsteinmehnen den Neun- und Tag vorsieht. Diese Bundesratsverordnung ist heute noch in Kraft und es ist nicht einzusehen, warum heute in unserer verarmten Wirtschaft eine weitergehende Beschränkung der Arbeitszeit Platz greifen soll, als dies im Frieden von dem Gesetzgeber auf Grund eingehender Untersuchungen in der Industrie für nötig gehalten worden ist.“

Die „verarmte“ Wirtschaft ist ein geflügeltes Wort gegen jede Regung der wirklich Armen und Schutzbedürftigen. Sonst merkt man nicht viel davon, wenn die Arbeitgeber unter sich sind. Und wenn dann noch im Zusammenhang mit dem Vorstehenden von Dr. Andres gesagt wird: „Jeder, der sich seiner Verantwortung bewußt ist, wird anerkennen müssen, daß es für das deutsche Volk einfach nicht möglich ist, unter denselben Verhältnissen zu leben, wie es im Frieden gelebt hat.“ Dann hat er diese, von uns schon oft anderweitig gehörten Worte nur auf die Lohn- und Gehaltsempfänger gemünzt. Diese salbungsvolle Ermahnung ist aber wirklich überflüssig; sie macht sich gewiß gut auf einer Unternehmertagung, vorgebracht im Zusammenhang mit der Arbeitszeit, ist aber nach unserer Auffassung an die falsche Adresse gerichtet. Man braucht nur die Löhne der gesamten Hartsteinindustriearbeiter in Deutschland unter die Lupe nehmen und zum Vergleich dann die Steigerung der Lebenshaltungskosten seit 1914 heranziehen. Dann wird jeder Vernunftmenschen sofort erkennen können, was es mit dem Gerede des Dr. Andres auf sich hat. Es ist genau so hoch wie der Hinweis auf das Jenische mit den in bedrängten Situationen der wirklich Notleidende heute immer noch von gewisser Seite getrotzt wird. Das sind alles Ermahnungen und Hinweise — für die anderen. Unsere Verbandsmitglieder ersehen aber erneut aus diesem kurzen Auszug, wohin der Kurs gehen soll, wenn es nach dem Willen und Können der Arbeitgeber und ihrer Führung ginge. Uebrigens eine alte Erscheinung im frischen Anstrich. Die Unternehmer kennen unsere Meinung dazu und sie wissen ganz gut, daß wir uns kraft des Zusammenschlusses holen, was uns die Gesetzgebung zum Schutz der Gesundheit verweigert. Wir holen es nicht nur, sondern festigen es auch. Besser wäre es allerdings für den Reichsverband der deutschen Steinindustrie nebst seinem Geschäftsführer, wenn sie sich früher damit abfinden würden.

Internationales aus dem Beruf. Im Berichte des Internationalen Sekretariats in Nr. 39 des „Steinarbeiter“ konnten die ausländischen Unterstützungen für unsern Verband nur soweit angegeben werden, wie es beim Berichtsabschluss vorlag. Also unvollständig. Wir bringen im Nachstehenden die volle Uebersicht, einschließlich der Summen und Geber, die bereits im Bericht des Internationalen Sekretariats aufgeführt wurden. Von ausländischen Organisationen erhalten: Holland 1500 Gulden, Belgien 1200 Frank, Belgien, Brüssel, Sektion der Steinarbeiter, 55 Schweizer Frank, Finnland 8 Dollar, Norwegen 550 Kronen, Schweden 100 Kronen, Tschechoslowakei, Reichenberg, Dtsch. Bauarb.-Verbd. 1000 Kronen, Tschechoslowakei, Prag, Wtr. Woz. Ramenowebnik 1000 Kronen, Tschechoslowakei, Gerten, Ortsgruppe der Steinarbeiter 112 Kronen, Desterreich, Baugewerksbund 13 000 000 Kronen, Desterreich, Baugewerksbund, 522 Schweizer Frank, Desterreich, Wien, Sekt. der Steinarbeiter 450 Schw. Frank, Schweiz, St. Gallen, Sekt. der Steinarbeiter 50 Schw. Frank, Schweiz, Magensvil, Sekt. der Steinarbeiter 20 Schw. Frank, Ungarn, Bauarbeiterverband 1 000 000 Kronen, Ungarn, Budapest, Steinarbeiter, 560 000 Kronen, Ungarn, Solgarbeiter-Verband, 1 000 000 Kronen, Elsaß, Strazburg, Bauarbeiter-Verband 100 Franz. Frank.

Eine Arbeiter-Vereinsgemeinschaft. Auf der letzten Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker in Hamburg wurde ein Unternehmen freudig begrüßt, das auch bei den Angehörigen anderer Berufe lebhaftes Interesse erregen dürfte. Der Bildungsverband der Buchdrucker — das sind die der Fortbildung dienenden Vereinigungen innerhalb der Gewerkschaft — hat auf seiner letzten Tagung im August die Gründung der „Büchergilde Gutenberg“ beschlossen, um typographisch musterghültige Bücher herauszugeben. Gegen ein Eintrittsgeld und einen monatlichen Beitrag von je 75 Pfg. werden jährlich in der Regel vier Werke schöngestigter oder populär-wissenschaftlicher Art in bester Ausstattung geliefert. Ältere und zeitgenössische Autoren kommen zu Wort. Ein Teil der Bücher wird von Künstlern illustriert. Namhafte Mitarbeiter, in der Arbeiterschaft schon bestens bekannt, haben ihre Mitwirkung zugesagt. Geschäftliche Gewinne werden nicht gemacht. Die „Büchergilde Gutenberg“ beginnt am 1. Oktober ihre Wirkksamkeit. Jedermann kann Mitglied werden. Satzungen verbleibt kostenlos und Beitrittsanmeldungen nimmt entgegen der Bildungsverband Deutscher Buchdrucker, Leipzig, Salomonstraße 8.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Auf Antrag der Zahlstelle Weimar wurden die Stein- jeher Paul Michael sen. und Paul Michael jun. wegen ihres verbandsschädigenden Wirkens aus dem Verbands ausgeschlossen.

Betrifft Zeitungsverband. Alle Zahlstellen, die zum 1. Oktober die Postbestellung der Verbandszeitung übersehen haben, mögen umgehend ihre Bestellung an die Schriftleitung einreichen. Der „Steinarbeiter“ wird in solchen Fällen unter Anrechnung der Postkosten auf die Zahlstelle bis 31. 12. 1924 direkt geliefert.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Hildesheim. Der Unterzeichnete hat den beiden Kollegen Hans Beeh I und Hans Beeh II (Buch Nr. 015 888 und 048 356) je 2 Mark Reiseunterstützung ausgehändigt. Die Kollegen hatten noch keine Reisetkarte und ich war noch nicht im Besitz des Materials. Die Kassierer werden nun gebeten, diese Hildesheimer Unterstüzung auf der Reisetkarte, die in irgendeiner Zahlstelle nunmehr den beiden Kollegen ausgehändigt werden muß, nachzutragen. Otto Pieper, Kassierer.

Adressenänderungen.

- 2. Gau Greiffenberg. Vorf.: Bernhard Thomas, Wiesa Nr. 63. Kass.: Wilhelm Straß, Wiesa Nr. 48.
- 5. Gau Eubenbach. Vorf.: Matthias Miebach.
- 7. Gau Blaueberg. Vorf.: Joseph Heimerl, Rothmaißling 16. Kass.: Gottfried Hunger, Rainsdorf, Post Rothmaißling, Oberpfalz.

Briefkasten.

M. S. Ueber die Eingänge führe ich kein Buch. Der Satz hat mindestens zwei Wochen im Druck vorrätig gestanden. Plagiat. Durch die Veröffentlichung nun erledigt. Inhalt nicht erfreulich, fehlt Objektivität.

Neue Bücher, Zeitschriften.

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde (Verlags-Gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14), bringt in ihrem Septemberheft wieder einen reichen Inhalt. Einleitend weist Professor Goeh in seinem Artikel „Begriff und Wesen des Proletariats“ nach, daß Proletariat zu sein nicht gleichzeitig Not und Elend bedeuten muß, der Artikel hebt das Menschewistische der Arbeitnehmer. Dr. Ernst Berger, Georg Bernhardt, Paul Ufermann, G. Colm und Fritz König behandeln Wirtschaftspragen. Diese unabhängig voneinander geschriebenen Artikel ergänzen sich gegenseitig aufs Beste, wobei für die Arbeitnehmer sehr beherzigenswerte Wahrheiten ausgesprochen werden. Die Konjunkturvereine behandeln Professor Rob. Wilbrandt und Aug. Kaja in grundräßig und sachlich hervorragender Weise. Otto Albrecht schreibt über die Kleingartenpolitik als Kulturforderung. Von Dr. Otto Lipmann werden sehr eindringliche Beispiele über Ergebnisse der Arbeitswissenschaft veröffentlicht. Th. Kogur berichtet über die Auffassung der Beamten vom Koalitionsrecht.

Jeder Arbeitnehmer sollte „seine“ wissenschaftliche Zeitschrift lesen. Nur dann wird er nach und nach erkennen, in welcher Weise weiterzuarbeiten ist, und wo bisher Fehler unterlaufen sind. „Die Arbeit“ ist Freund, Berater und Helfer des Arbeitnehmers.

„Urania“! Das erste (Oktober-) Heft der „Urania“ präsentiert sich in geschmackvollem, von der Meisterhand Thalmanns geschaffenen Gewände. Inhaltlich wird das in den Abhandlungen Besprochene im vollen Maße erfüllt: wichtiges Wissen über Natur und menschliche Gesellschaft für fortschrittliche Menschen anschaulich und fesselnd dargestellt. Dieses neue Bildungsunternehmen aus unserm eigenen Lager gehört in jedes proletarische Haus! Es ist ein Gegenstück zum „Rosmos“ und wird der proletarischen Weltanschauung Rechnung tragen. Bestellungen nehmen alle Parteibuchhandlungen und die Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Jena (vierteljährlich 1.25 M., oder bei gebundenen Beigaben 1.80 M.) jederzeit gern entgegen.

Anzeigen

Marmor schleifer
für Hand und Maschine stellt sofort ein
Marmorwerk Fr. Schulze
Inh.: A. & C. Brassard, Halle a. S.
Mehrere tüchtige

Marmorarbeiter
(Schleifer, Poliseure, Säger,
Hauer und Versetzer)
stellen noch ein
Stein- und Marmor-Werke
G. m. b. H., Essen.

3 tüchtige Pflasterer
sowie Rammer
stellt sofort gegen hohen Lohn ein
L. Willy Berg, Aachen (Rheinland)
Augustastraße 39.

Stil- und Formenlehre für Handwerker
von Jos. Kriehner.

Teil I: Ausbauformen mit 360 Abbildg.
Teil II: Innenarchitektur mit 272 Abbildg.
Preis für jeden Teil 2 Mk.
Unter Vermeidung verwirrender Daten und fremdsprachlich technischer Fachausdrücke gibt der Verfasser in diesem Buche den Leitfaden für die Kenntnis der Stilformen. Der Verfasser geht von der Erkenntnis aus, daß der Handwerker befähigt sein muß, Skizzen des Architekten material- und stilgerecht auszuführen. Unentbehrliche Vorbedingung hierfür ist aber die Stil- und Formenkenntnis, die in kurzer u. recht übersichtlicher Weise in vorliegendem Werke zusammengestellt ist. Der billige Preis ermöglicht jedem die Anschaffung des reich illustrierten Buches, das namentlich für Stukkateure, Holzbildhauer, Mosaikarbeiter, Dekorationsmaler, Schlosser, Töpfer, Bauschlosser, Steinmetze, Maurer, Zimmerer, Bauschlosser u. a. in Frage kommt. Max Kellerser Verlag, München, Herzogspitalstr. 1.

Marmorwerk sucht 3 oder 4 tüchtige Poliseure
für spez. vertiefte Toiletten bei hohem Lohn. Nach 1/2-jähriger Tätigkeit zahlen wir eine Extravergeltung von 50 Mk. aus. Angebote erbeten unter SW. 1990 an die Invalidendank-Annoncenexpedition in Stuttgart.

Steinrichter
8-10 gute Steinrichter finden gutbezahlte Arbeit in Steinbrüchen der Schweiz.
A. Gamma, Steinbrüche in Box (Schweiz).

Reb a. t.: In Bezug auf vorliegendes Inserat ist es angebracht, außer an die Firma sich auch an den Kollegen Rob. Kolb, Zürich (Schweiz) Hardautstr. 11, zu wenden.

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Kenntnis eingelangt sind.
In **Bunzlau** am 12. September der Sandsteinmehk Max Franke, 47 Jahre alt, Lungenkrankheit.
In **Leipzig** am 12. September der Sandsteinmehk Karl Schulze, 52 Jahre alt, Lungen tuberkulose.
In **Röbbitz** am 24. September der Schotterarbeiter Johann Böhlau, 72 Jahre alt, Altersschwäche.
In **Berlin** am 1. Oktober der Steinseker Gustav Casers, 63 Jahre alt, Asthma.
Chresthem Andenten!

Verantwortliche Schriftleitung, Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler beide in Leipzig.
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.